

Anhaltende Verteilungsdramatik – WSI-Verteilungsbericht 2008

Claus Schäfer

Den bis vor Kurzem andauernden Aufschwung verbuchte die Politik als ihren Erfolg – ungeachtet des maßgeblichen Anteils, den jenseits nationaler Steuerung der florierende Weltmarkt am Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum hatte. Und sie verschloss gänzlich die Augen davor, dass es ihr trotz einer wirtschaftlichen Prosperitätsphase nicht gelungen ist, den seit Jahren zu beobachtenden Trend zunehmender sozialer Ungleichheit zu stoppen. Erst recht konnte sie ihn nicht umkehren. Im Gegenteil: Neoliberale Politikkonzepte verschärften die Einkommensungleichheit und belasteten das Wachstum. Dass nunmehr die Weltfinanzkrise zur Abkehr vom Neoliberalismus führt, ist derzeit nicht mehr als eine äußerst vage Hoffnung.

1

Die gesamtwirtschaftliche Verteilung

1.1 DIE LOHNQUOTE

Der 2007 noch anhaltende Aufschwung und die damit einhergehenden Einkommens- und Beschäftigungszuwächse haben sich nicht in einem steigenden Anteil der „Arbeit“ am Volkseinkommen niederschlagen. Im Gegenteil: Da die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erneut deutlich schneller gestiegen sind als die Löhne, sinkt die Bruttolohnquote 2007 abermals auf ein historisches Tief seit den 1970er Jahren. Und sie wird diesen seit dem Gipfel des vorangegangenen Aufschwungs im Jahr 2000 anhaltenden Trend wahrscheinlich auch 2008 fortsetzen, wie es die empirischen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für das erste Halbjahr des laufenden Jahres nahelegen (Tabelle 1). Trotz durchaus ansehnlicher Tariferhöhungen (Bispinck 2008) sind die effektiven Lohnerhöhungen im Jahr 2007 und in den ersten Monaten 2008 deutlich geringer ausgefallen. Und der Anstieg der Beschäftigung ist wegen seines großen Anteils an prekären Beschäftigungsformen und des generell weiter wachsenden Niedriglohnssektors auch kein Quoten treibender Faktor geworden.

Eine nicht ganz so kontinuierliche Abwärtsentwicklung zeigt – auf deutlich tieferem Niveau – die Nettolohnquote (Tabelle 2), gleich ob in Bezug zum Volkseinkommen bzw. zum gesamten Nachfragepotenzial (Tabelle 2, Spalte B) oder in Bezug zum verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte (Spalte A). Die wesentlichen Er-

Tabelle 1: Bruttolohn- und -gewinnquote in Deutschland. Das volkswirtschaftliche Einkommen aller Sektoren vor der öffentlichen Umverteilung

	Volkseinkommen Mrd. €	Tatsächliche Bruttolohn- quote ³⁾ %	Tatsächliche Bruttogewinn- quote %	Arbeitnehmerquote ⁴⁾ %	Struktur- bereinigte Bruttolohn- quote ⁵⁾ %
				Index ⁶⁾	
– alte Bundesländer ¹⁾ –					
1960	122,8	60,1	39,9	77,2	65,0
1970	274,7	67,3	32,7	83,4	67,3
1980	591,0	75,2	24,8	88,3	71,0
1990	987,2	69,8	30,2	89,6	65,0
1991	1.065,4	70,0	30,0	89,6	65,2
– alte und neue Bundesländer ²⁾ –					
1991	1.192,6	71,0	29,0	90,9	71,0
1995	1.397,2	71,4	28,6	90,0	72,1
1996	1.417,7	71,0	29,0	90,0	71,7
1997	1.438,6	70,3	29,7	89,8	71,2
1998	1.466,1	70,4	29,6	89,8	72,0
1999	1.487,3	71,2	28,8	90,0	71,9
2000	1.524,4	72,2	27,8	90,0	72,9
2001	1.560,9	71,8	28,2	89,9	72,6
2002	1.576,1	71,6	28,4	89,8	72,5
2003	1.600,0	70,8	29,2	89,5	71,9
2004	1.672,3	68,0	32,0	89,1	69,4
2005 ⁷⁾	1.696,7	66,6	33,4	88,8	68,2
2006 ⁷⁾	1.765,6	65,1	34,9	88,8	66,6
2007 ⁷⁾	1.827,1	64,8	35,2	88,8	66,3
2008 1Hj. ⁷⁾	913,9	63,7	36,3	88,8	65,2

1) Angaben für 1960 nach dem aufgegebenen deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ab 1970 nach dem – für Westdeutschland zurückgerechneten – Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). – 2) Angaben auf Basis des ESVG. – 3) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit (im ESVG: des Arbeitnehmerentgelts) einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Volkseinkommen. – 4) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inland). – 5) Bereinigt vom Einfluss, der sich aus der Änderung der Erwerbstätigenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 bzw. 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 6) Für die alten Bundesländer 1970 = 100, für Deutschland 1991 = 100. – 7) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Fachserie 18, Stand: Aug. 2008a). – Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

klärungs-faktoren liefert Tabelle 3, in der sich politische Entscheidungen zur Abgabenbelastung der Bruttolöhne niederschlagen. Die unter Rot-Grün vorübergehend gesunkene Steuerlast steigt im Jahr 2007 – und bis heute – wieder an, weil sich steigende Bruttolöhne automatisch wegen der am Nominalwert orientierten Steuerprogression in höheren Durchschnittsbelastungen niederschlagen. Im ersten Halbjahr 2008 beträgt die durchschnittliche Lohn-

steuerlast mit 18,6 % bereits den Wert von 2001, trotz zwischenzeitlich erfolgter Steuerreform. Die unter der letzten Bundesregierung einigermaßen stabil gehaltenen

Claus Schäfer, Dr., ist Wissenschaftler im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkt: Verteilungsanalyse von Einkommen und Lebenslagen.
e-mail: claus-schaefer@boeckler.de

Sozialversicherungsbeiträge steigen seit einigen Jahren gleichfalls relativ kontinuierlich wieder an. 2006 wurde erstmals die 17 %-Marke überschritten – und auch 2007 nicht verlassen. Im Jahr 2008 geht der Anstieg weiter, weil der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ab Jahresanfang von 4,2 % auf 3,3 % offenbar überkompensierende Beitragserhöhungen in der Krankenversicherung gegenüberstehen.

Tatsächlich nehmen zuletzt auch wieder die durchschnittlichen direkten Steuerlasten auf Gewinn- und Vermögenseinkommen zu: auf ein seit Langem nicht mehr erreichtes, wenn auch nach wie vor einstelliges, Niveau, das weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Lohnsteuerlast ausmacht (Tabelle 3). Aber dieser Anstieg verhindert nicht, dass die Nettogewinnquote – wie ebenfalls die Bruttogewinnquote – weiter wächst auf ein ebenfalls historisches Hoch. Bemerkenswert ist übrigens auch, dass der beobachtbare Abgabeanstieg bei den Löhnen nicht mit einem Anstieg der Nettoquote monetärer Sozialleistungen zusammenfällt (Tabelle 2). Die Nettoleistungsquote sinkt sogar in den letzten Jahren einschließlich 2007 und verstärkt damit neben der sinkenden Lohnquote die Schwäche der Massenkaukraft.

1.2 DIE GEWINNQUOTE

Aus der Entwicklung der gesamten Gewinnquote kann bekanntlich nicht ohne Weiteres auf die Teilmenge der Unternehmensgewinne geschlossen werden. Deshalb ist eine Komponentenzerlegung der gesamtwirtschaftlichen Gewinn- und Vermögenseinkommen sinnvoll, wie sie z. B. das Statistische Bundesamt für die Gewinne im eigentlichen Sinne vorgenommen hat (Schwarz 2008, S 201ff.). Sie zeigt, dass die Bruttogewinnentwicklung der Kapitalgesellschaften im VGR-Sinn seit 1991 die kräftigste war (Abbildung 1). Insbesondere der Gewinn der „Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften“ im VGR-Sinn – gemeint sind die Produktionsunternehmen – ragt darunter hervor, weil er im beobachteten Zeitraum bis 2007 kontinuierlich und seit 2003 sogar steil ansteigt. Weniger kontinuierlich und weniger kräftig folgt die positive Gewinnentwicklung der „Finanziellen Kapitalgesellschaften“, also vor allem der Banken und Versicherungen. Als fast stagnierend kann man dagegen im Durchschnitt des Zeitraums von 1991 bis 2007 die Bruttogewinnentwicklung der Selbststän-

Tabelle 2: Nettolohn- und -gewinnquote in Deutschland^{1) 2)}
Einkommen der privaten Haushalte nach öffentlicher Umverteilung
 – in % – */**

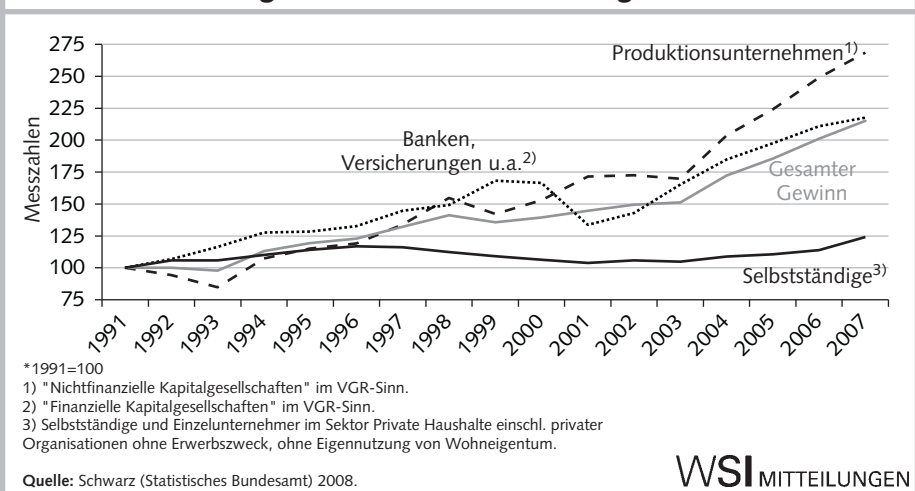
Jahr	Nettolohnquote ³⁾		Nettoquote monetäre Sozialleistungen ⁴⁾		Nettogewinnquote ⁵⁾	
	A*	B**	A*	B**	A*	B**
	– alte Bundesländer – ¹⁾					
1960	55,8	43,7	20,9	16,4	24,4	19,1
1970	55,7	44,4	21,2	16,9	25,9	20,6
1980	52,7	43,8	26,2	21,8	24,3	20,2
1990	48,5	38,5	24,8	19,7	29,7	23,6
	– alte und neue Bundesländer – ²⁾					
1991	48,1	40,3	21,8	18,3	29,8	25,0
1995	44,5	37,9	23,8	20,2	31,2	26,6
1996	43,4	37,1	25,3	21,6	30,9	26,4
1997	42,0	36,0	25,4	21,8	32,1	27,5
1998	42,3	36,1	25,5	21,8	31,8	27,2
1999	42,6	36,8	25,7	22,2	31,2	27,0
2000	43,1	37,4	25,7	22,3	30,8	26,7
2001	42,9	37,8	25,8	22,7	31,0	27,3
2002	42,7	37,6	26,5	23,3	30,4	26,7
2003	41,6	36,8	26,8	23,6	31,2	27,5
2004	42,0	36,1	26,3	22,6	31,3	26,8
2005 ⁶⁾	41,2	35,5	25,9	22,3	32,6	28,1
2006 ⁶⁾	40,6	34,3	25,3	21,4	33,7	28,5
2007 ⁶⁾	41,2	34,1	24,6	20,4	34,0	28,2
2008 1.Hj. ⁶⁾	39,3	33,0	24,4	20,5	35,8	30,1

* In % des verfügbaren Einkommens aller privaten Haushalte nach der öffentlichen Umverteilung (Spalte A).
 ** In % des Volkseinkommens aller Sektoren vor der öffentlichen Umverteilung gemäß Tabelle 1 (Spalte B).
 1) Bis 1990: Angaben nach dem aufgegebenen System der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (dVGR). –
 2) Ab 1991: Angaben auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und der Datenrevision zurück bis 1991. – 3) Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben. – 4) Im ESGV: Empfangene monetäre Sozialleistungen und übrige laufende Transfers von Staat und anderen Sektoren (ohne Schadensversicherungsleistungen) abzüglich: Lohnsteuer auf Pensionen, Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren. – 5) Diese Kategorie wird vom Statistischen Bundesamt nicht explizit ausgewiesen: Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen, abzüglich: direkte Steuern sowie Sozialbeiträge auf private Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern: veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, Vermögensteuer). – 6) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a (Fachserie 18, Stand: Aug. 2008). – Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

Abb. 1: Entwicklung der Brutto-Unternehmensgewinne, 1991-2007*



WSI MITTEILUNGEN

digen und Einzelunternehmer im Rahmen des Sektors Private Haushalte bezeichnen.

Diese unterschiedlichen Entwicklungen schlagen sich in entsprechenden Gewinnniveaus und korrespondierenden Gewichten innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Rahmens nieder: Die Gewinne der Produktionsgesellschaften machen laut

Statistischem Bundesamt an den gesamtwirtschaftlichen Gewinnen 2007 einen kräftig gestiegenen Anteil von knapp 63 % aus, der Mitte der 1990er Jahre noch unter 50 % (!) lag. Dagegen ist der Anteil der im Sektor Private Haushalte entstandenen Gewinne (einschließlich der von privater Wohnungsvermietung und von privaten

Tabelle 3: Abgabenbelastung von Arbeits- und Kapitaleinkommen der privaten Haushalte in Deutschland – in % –¹⁾

Jahr	Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Beitragsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Belastung durch direkte Steuern ²⁾ auf Gewinn- und Vermögenseinkommen	Belastung durch Sozialbeiträge auf Gewinn- und Vermögenseinkommen
– alte Bundesländer –				
1960	6,3	9,4	20,0	3,0
1970	11,8	10,7	16,1	2,9
1980	15,8	12,8	15,3	3,9
1990	16,2	14,2	9,8	3,0
– alte und neue Bundesländer –				
1991	16,3	14,3	8,1	3,1
1995	18,7	15,6	4,9	3,5
1996	19,3	16,0	4,2	4,0
1997	19,5	16,8	3,4	3,7
1998	19,5	16,6	4,7	3,6
1999	19,6	16,4	6,2	3,5
2000	19,4	16,1	7,7	3,5
2001	18,6	16,0	7,7	3,4
2002	18,7	16,1	6,7	3,4
2003	18,7	16,4	5,6	3,2
2004	17,5	16,5	5,4	3,2
2005 ³⁾	17,2	16,7	5,9	2,9
2006 ³⁾	17,5	17,2	7,1	2,8
2007 ³⁾	17,9	17,1	8,3	2,7
2008 1.Hj. ³⁾	18,6	17,5	9,0	2,4

¹⁾ In % der jeweiligen Bruttoeinkommen. Berechnet aus einer Langfassung der Tabelle 2. – ²⁾ Veranlagte Einkommensteuer; nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; Vermögensteuer. – ³⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a (Fachserie 18, Stand: Aug. 2008). – Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

Organisationen ohne Erwerbszweck) von rund 38 % des gesamtwirtschaftlichen Gewinns auf knapp 22 % im Jahr 2007 gesunken. Der Gewinnanteil von Banken, Versicherungen und Ähnlichem am gesamtwirtschaftlichen Gewinn schwankt seit 1991 zwischen 12 % und 16 %.

Eine Netto-Analyse der Gewinne nimmt das Statistische Bundesamt nicht vor, weil es dazu in der VGR an Zurechenbarkeit von entsprechenden direkten Steuern fehlt. Allein die direkten Steuern der Kapitalgesellschaften im engeren Sinne (AGs, GmbHs) werden in der VGR ausgewiesen und vermitteln immerhin starke Indizien für die Netto-Ebene, die in früheren WSI-Verteilungsberichten schon zur Schätzung der Nettogewinne aller Produktionsunternehmen genutzt wurde. Die aktuellen Nettogewinne dürften sich angesichts der gerade vollzogenen Unternehmensteuerreform jedenfalls noch besser als die Bruttogewinne entwickelt haben.

Bestätigt wird die außerordentlich positive Gewinnentwicklung auch von den Analysen der Deutschen Bundesbank (2007) auf Basis von Bilanzstatistiken, die bei den Produktionsunternehmen einen noch größeren Kreis als in der VGR abbilden und dabei zugleich Daten zum einzelwirtschaftlichen Gewinn, zu Abschreibun-

gen und zu anderen betriebseigenen wie fremdfinanzierten Mittelzuflüssen liefern. Die zuletzt verfügbare entsprechende Bundesbank-Analyse vom Dezember 2007 bezieht sich allerdings noch auf das Jahr 2006. Danach ist vor allem der selbst erwirtschaftete Mittelzufluss erneut kräftig gestiegen: das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern ist um 12,5 % gewachsen, das gesamte interne Mittelaufkommen sogar um 15,5 %; die Umsatzrendite stieg auf das höchste Niveau seit 1997; der gesamte Mittelzufluss einschließlich Außenfinanzierung durch Kredite, Neuemissionen u. Ä. nahm sogar um 34 % zu. Problematisch bleibt dagegen die Mittelverwendung (S. 43f.): „Fast neun Zehntel des zusätzlichen Mittelaufkommens flossen 2006 in die Geldvermögensbildung und (nur) gut ein Zehntel in den Aufbau von Sachvermögen. Die schon seit Längerem zu beobachtende tendenzielle Gewichtsverlagerung hin zu den finanziellen Vermögensformen hat sich somit beschleunigt fortgesetzt“. Das dürfte insgesamt auch (noch) für das Jahr 2007 Bestand haben.

1.3 LÖHNE IM VERGLEICH

Die oben betrachtete Lohnquote wird zur Veranschaulichung häufig auch als durch-

schnittlicher pro Kopf-Betrag der Beschäftigten dargestellt. Aber diese Durchschnittsbetrachtung hat immer engere Grenzen angesichts einer erheblichen Streuung der Einkommen – und dahinter stehender Beschäftigungsverhältnisse. So schließt die VGR z. B. auch die Löhne von Ein-Euro-Jobs ein. Umso erfreulicher ist, dass die seit Anfang 2007 wirksame Erweiterung der Verdienststatistik des Statistisches Bundesamtes dieser Heterogenisierung Rechnung trägt und aussagefähigere Lohndurchschnitte für die drei Beschäftigungsverhältnisse Vollzeit, Teilzeit (ohne Minijobs) sowie Minijobs ausweist;¹ bis 2006 stellte die „alte“ Verdienststatistik nur die Durchschnittslöhne für Vollzeitbeschäftigte dar. Noch zuverlässiger sind die von der „neuen“ Verdienststatistik nachgewiesenen Löhne, weil sie im Gegensatz zur „alten“ jetzt fast alle Dienstleistungsbereiche einschließt.² Es werden auch die durchschnittlichen Arbeitszeiten der jeweils abgebildeten Beschäftigungsverhältnisse erhoben, sodass vom Statistischen Bundesamt neben den Monatslöhnen ebenfalls Stundenlöhne (außer bei den Minijobs) explizit berechnet werden. Der einzige Nachteil ist, dass die Verdiensterhebung auf Betriebe über zehn Beschäftigte – in wenigen Bereichen über fünf Beschäftigte – beschränkt wird, was den ausgewiesenen Durchschnittslohn eher überschätzen und die angegebene Heterogenität des Beschäftigtenstatus unterschätzen dürfte. Denn in den nicht erfassten kleinen Betrieben wird nach aller Erkenntnis nicht nur generell schlechter bezahlt; dort dürften auch, insbesondere im Einzelhandel, in der Gastronomie und anderen Dienstleistungen, höhere Anteile der Minijobs in der Beschäftigungsstruktur zu finden sein.

Die prinzipiellen Informationsvorteile der neuen Verdienststatistik gehen hier aus den Tabellen 4 und 5 für jeweils West- und Ostdeutschland hervor; sie ersetzen in Zukunft die in diesem Bericht bisher benutzten Standardtabellen 5 und 6 („Gesamtwirtschaftliche bzw. VGR-Arbeitseinkommen“ und „Effektive Arbeitseinkommen von Vollzeitbeschäftigten...“ Schäfer 2007). Der Vergleich dieser Durchschnittslöhne für Vollzeit, Teilzeit und Minijobs mit dem

¹ Auszubildende werden nicht mitgezählt.

² Außer „Öffentliche Verwaltung“, „Verteidigung“, „Sozialversicherung“, „Private Haushalte“, „Land- und Forstwirtschaft“, „Fischerei und Fischzucht“.

Tabelle 4: Monatsdurchschnittliche Arbeitseinkommen in Westdeutschland 2007 (brutto) – Ergebnisse der neuen Verdienststatistik¹⁾

Wirtschaftsbereich/ Beschäftigungsverhältnis	Anteil der Beschäftigten ²⁾	Wochen- arbeitsstunden ³⁾	Monatsverdienst ohne Sonder- zahlungen	Monats- Sonderzahlung ⁴⁾	Stundenverdienst ohne Sonderz. mit Sonderz.		
	%	%	Euro	Euro	Euro	Euro	
Produzierendes Gewerbe							
Vollzeit	alle	31,1	38,3	3.256	410	19,55	22,01
	Männer	25,8	38,5	3.383	430	20,24	22,81
	Frauen	5,3	37,7	2.647	314	16,16	18,07
Teilzeit	alle	2,5	23,4	1.574	172	15,48	17,18
	Männer	0,4	24,9	1.895	226	17,51	19,60
	Frauen	2,1	23,1	1.518	163	15,10	16,72
Minijob ³⁾⁴⁾	alle	2,7	–	282	–	–	–
	Männer	1,0	–	272	–	–	–
	Frauen	1,7	–	288	–	–	–
Dienstleistungen							
Vollzeit	alle	36,6	39,0	3.027	351	17,86	19,92
	Männer	22,7	39,3	3.299	417	19,30	21,74
	Frauen	13,9	38,5	2.584	243	15,44	16,89
Teilzeit	alle	15,4	23,2	1.420	111	14,10	15,21
	Männer	2,4	23,9	1.467	101	14,14	15,11
	Frauen	13,0	23,0	1.412	113	14,10	15,22
Minijob ^{3) 4)}	alle	11,8	–	271	–	–	–
	Männer	4,0	–	263	–	–	–
	Frauen	7,8	–	275	–	–	–
Insgesamt							
Westdeutschland	100,0	35,5	2.415	324	18,03	20,14	
Deutschland	–	35,7	2.345	299	17,31	19,24	
Zum Vergleich VGR⁵⁾							
Westdeutschland VGR ⁵⁾	85,6		2.333	–	–	–	
Deutschland VGR ⁵⁾	100,0 ⁶⁾		2.257	–	–	–	

1) Ergebnisse der Verdienststatistik und – für die Gesamtwirtschaft – der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Bundesländer. – 2) In % aller in der Verdienststatistik erfassten Beschäftigten (bzw. in der VGR laut Fußnote 5: in % aller Arbeitnehmer in Deutschland). – 3) Ohne die nicht erhobene Arbeitszeit der Minijobber. – 4) Minijobber erhalten per se keine Sonderzahlungen (oder diese werden auf den Verdienst angerechnet.) – 5) Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer (Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer – einschließlich aller Beschäftigungsverhältnisse und Einkommens-Sonderzahlungen. Stand: Februar 2008, Westdeutschland einschl. Berlin; Ostdeutschland ohne Berlin). – 6) Jahresdurchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer in allen Beschäftigungsverhältnissen: 35,291 Millionen.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b (Verdienststatistik) – Statistische Ämter der Länder 2008 (VGR der Bundesländer) – Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

gesamtwirtschaftlichen Lohndurchschnitt auf VGR-Basis erfolgt nachrichtlich am Schluss beider Tabellen. Sie beziehen sich wegen der geschilderten Änderung in der Verdienststatistik verständlicherweise vorerst nur auf das Jahr 2007; die Berechnung von jährlichen Veränderungsraten wird erst im nächsten Verteilungsbericht (erscheint im November 2009) mit dem möglichen Vergleich von 2007 und 2008 sinnvoll.³

Trotz dieser Einschränkungen enthalten die Tabellen einige prägnante Botschaften, insbesondere angesichts regional differierender Wochenstundenzahlen auf Basis der aussagefähigeren Stundenlöhne: Man erkennt beim Vergleich einzelner Verdienst-Merkmale in den Tabellen große – und teilweise nicht gerechtfertigte – durchschnittliche „Lohnlücken“: zwischen den Wirtschaftsbereichen (z. B. im Westen zwischen Industrie und Dienstleistungen von fast 10 % zulasten Letzterer); zwischen Vollzeit und Teilzeit (z. B. im Westen und Osten von über 20 % zulasten der Teilzeit);

zwischen West und Ost (z. B. bei Vollzeit von 33,5 % (!) in der Industrie zulasten der neuen Bundesländer)⁴ und zwischen den Geschlechtern (z. B. in Westdeutschland von über 20 % zuungunsten der Frauen). Bekanntlich gehen die genannten Differenzen nicht alle, aber doch zu einem erheblichen Teil, auf Einkommensdiskriminierung zurück – die bei Frauen sogar eine mehrfache sein kann, wenn sie z. B. in Ostdeutschland oder in Dienstleistungen oder Teilzeit beschäftigt sind.⁵

Insgesamt vermitteln die Tabellen 4 und 5, wie stark die gesamtwirtschaftlich aggregierte Lohnenebene von Lohnunterschieden zwischen Beschäftigungsverhältnissen, Geschlechtern und Großregionen in West- und Ostdeutschland hinterlegt ist. Immerhin gehört inzwischen laut Verdienststatistik rund ein Drittel aller Beschäftigungsverhältnisse zum atypischen Bereich (dort eng definiert als Teilzeit- und Minijobs). Laut Mikrozensus und einer entsprechenden aktuellen Auswertung des Statistischen Bundesamtes (2008c) ist es

zwar „nur“ ein Viertel, aber mit stark steigender Tendenz. Zwar gehört – wie das Statistische Bundesamt bei der Gelegenheit betont hat – nicht jeder atypische Job zu den prekären Lohnbereichen. Aber die Betonung müsste eigentlich lauten: Der prekäre Lohnbereich ist inzwischen auch im Vollzeitverhältnis, oder besser: im Normalarbeitsverhältnis, angekommen. Insofern ist die zunehmende Einkommens-

3 Zu Entwicklungsvergleichen gesamtwirtschaftlicher Lohndurchschnitte brutto und real siehe zuletzt ausführlich z. B. Logeay/Zwiener 2008, Gisecke/Verwiebe 2008 und – auch im EU-Rahmen – Schulten 2008, die alle zu einem für die Lohnempfänger „mageren“ Ergebnis über die letzten Jahre kommen.

4 Die „alte“ Verdienststatistik konnte auf der Basis von Monatsverdiensten „nur“ eine Verdienstlücke in Ostdeutschland von 25 % im Jahr 2006 gegenüber dem West-Niveau erkennen.

5 Zu eingehenden jüngsten Analysen geschlechtsspezifischer Verdienste auf teilweise mikroökonomischer Basis siehe z. B. Schuler 2008; Busch/Holst 2008.

Tabelle 5: Monatsdurchschnittliche Arbeitseinkommen in Ostdeutschland 2007 (brutto) – Ergebnisse der neuen Verdienststatistik¹⁾

Wirtschaftsbereich/ Beschäftigungsverhältnis		Anteil der Beschäftigten ²⁾	Anzahl der Wochenarbeits- Stunden ³⁾	Monatsverdienst ohne Sonder- zahlungen	Monats- Sonderzahlung ⁴⁾	Stundenverdienst	
		%	%	Euro	Euro	ohne Sonderz.	mit Sonderz.
						Euro	Euro
Produzierendes Gewerbe							
	alle	31,4	39,5	2.231	177	66,5	63,7
Vollzeit	Männer	24,8	39,6	2.314	180	66,5	63,6
	Frauen	6,6	39,2	1.922	164	69,8	67,8
	alle	1,7	28,8	1.249	76	64,4	61,6
Teilzeit	Männer	0,3	27,6	1.685	153	80,4	78,3
	Frauen	1,4	29,1	1.156	60	60,5	57,5
	alle	1,3	–	252	–	–	–
Minijob ³⁾⁴⁾	Männer	0,6	–	249	–	–	–
	Frauen	0,7	–	255	–	–	–
Dienstleistungen							
	alle	38,0	39,4	2.313	155	75,6	72,4
Vollzeit	Männer	20,7	39,8	2.359	164	70,8	67,2
	Frauen	17,3	39,0	2.258	143	86,4	84,0
	alle	18,2	28,3	1.456	84	84,0	82,3
Teilzeit	Männer	2,2	28,4	1.459	74	83,5	82,1
	Frauen	16,0	28,3	1.456	85	84,0	82,4
	alle	9,4	–	182	–	–	–
Minijob ³⁾⁴⁾	Männer	3,7	–	178	–	–	–
	Frauen	5,7	–	185	–	–	–
Insgesamt							
	Ostdeutschland	100,0	37,0	1885	147	72,2	69,1
	Deutschland	–	35,7	2345	299	–	–
Zum Vergleich VGR:⁷⁾							
	Ostdeutschland VGR ⁷⁾	14,4	–	1807 ⁷⁾	–	–	–
	Deutschland VGR ⁷⁾	100,0 ⁸⁾	–	2257 ⁷⁾	–	–	–

1) Ergebnisse der Verdienststatistik und – für die Gesamtwirtschaft – der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Bundesländer. – 2) In % aller in der Verdienststatistik erfassten Beschäftigten (bzw. in der VGR laut Fußnote 6: in % aller Arbeitnehmer in Deutschland laut VGR). – 3) Ohne die nicht erfasste Arbeitszeit der Minijobber. – 4) Minijobber erhalten per se keine Sonderzahlungen (oder sie werden auf den Verdienst angerechnet.) – 5) In % des jeweiligen westdeutschen Verdienstniveaus. – 6) Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer (Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer – einschließlich aller Beschäftigungsverhältnisse und Einkommens-Sonderzahlungen. Stand: Februar 2008, Westdeutschland einschl. Berlin; Ostdeutschland ohne Berlin). – 7) Jahresdurchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer in allen Beschäftigungsverhältnissen: 35,291 Millionen.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008b (Verdienststatistik) – Statistische Ämter der Länder 2008 (VGR der Bundesländer) – Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

spreizung auch innerhalb des Vollzeitbereichs ein weiterer Grund für eine möglichst differenzierte Betrachtung aller Lohnverhältnisse, der sich die empirische Forschung immerhin zunehmend widmet – insbesondere im Zusammenhang mit dem seit Jahren zunehmenden Niedriglohnsektor (Bosch et al. 2008 auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP) bis 2006). Auch die jüngsten SOEP-Auskünfte für das Jahr 2007 zeigen, dass die absolute Zahl der Niedriglohnempfänger weiter steigt, nicht zuletzt wegen ihres erheblichen Anteils am aufschwungbedingten Beschäftigungszuwachs – wenn auch die Niedriglohnquote erstmals konstant bleibt (Brenke 2008).

Die Politik dagegen stellt sich dieser empirischen Entwicklung bis heute immer noch nicht ausreichend. So gibt sie sich z. B. blind und taub gegenüber dem schon seit Jahrzehnten offenkundigen und anhaltenden Problem der Entgeltdiskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wie gegenüber dem jüngeren, aber ebenso

problematischen Entgeltgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland. Und selbst wenn die Politik im Fall des Niedriglohnssektors inzwischen einigermaßen sensibilisiert worden ist, so bleibt ihre Problembewältigung, etwa mit dem Koalitionskompromiss zur „Einführung“ von Mindestlöhnen, zaghaft, ineffektiv und letztlich unglaubwürdig (vgl. auch Bispinck/Schulten 2008).

In jedem Fall aber zeigen aus mittelfristiger Sicht alle drei Lohnspreizungsprozesse – das Gefälle zwischen den Geschlechtern, zwischen Ost und West sowie zwischen „angemessen“ und „niedrig“ – an, dass relativ oder gar absolut sinkende Löhne kein originärer Jobmotor sind. Sonst hätten sie schon lange vor dem letzten, von der Exportnachfrage getriebenen Aufschwung mehr Stellen erzeugen müssen (Kromphardt/Schneider 2008; Gartner/Klinger 2008).

2 Die personelle Verteilung

2.1 „DER SOZIALSTAAT WIRKT...“

Noch schwerer tut sich die Politik mit Diagnose und Therapie der Ungleichheit in der personellen Verteilung. Dies wurde zuletzt öffentlich durch die Veränderungen, die der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht erfuhr aufgrund einer regierungsinternen Auseinandersetzung zwischen der Vorlage eines Entwurfs (BMAS 2008a) im Mai des Jahres und der endgültigen Verabschiedung des Textes im Juli durch das gesamte Kabinett (Bundesregierung 2008). Dabei waren diese Veränderungen eher marginaler Art, gemessen an lange nicht bekannten und bis heute kaum beachteten Diskrepanzen zwischen der regierungsamtlichen Bewertung der personellen Verteilungslage und dem von der Bundesregierung an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung

Tabelle 6: Die gesamte Steuerlastverteilung in Deutschland – in % –

	1960	1970	1980	2000	2005	2006	2007	2008 ⁷⁾	2009 ⁷⁾
Anteil der „Massensteuern“ am gesamten Steueraufkommen									
Lohnsteuer ^{1) 2)}	11,8	22,8	30,6	31,6	28,0	26,7	26,0	27,1	28,1
Umsatz- und Verbrauchssteuern ³⁾	21,7	17,4	25,6	34,3	36,2	34,9	35,9	35,9	35,7
Mineralöl- bzw. Energiesteuer ⁴⁾	3,0	7,5	5,8	8,2	8,9	8,2	7,2	7,2	7,0
Zusammen	37,5	47,7	62,0	74,1	73,1	69,8	69,1	70,2	70,8
Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen									
Veranlagte Einkommensteuer ^{1) 5)}	13,5	10,4	10,1	2,9	2,4	3,9	4,9	5,7	4,8
Nicht veranlagte Steuer v. Ertrag ¹⁾	1,2	1,3	1,2	2,9	2,3	2,5	2,7	2,8	3,6
Körperschaftsteuer ¹⁾	9,5	5,7	5,8	5,1	3,8	5,0	5,0	3,6	3,7
Gewerbsteuern	10,5	7,9	7,8	5,8	7,1	7,9	7,5	6,2	6,6
Zinsabschlag ¹⁾	–	–	–	1,6	1,6	1,6	2,2	2,4	2,0
Zusammen	34,7	25,5	24,9	18,3	17,2	20,2	22,3	20,7	20,7
Anteil der sonstigen Steuern am gesamten Steueraufkommen									
Zusammen	27,8	27,1	13,1	7,6	9,7	10,0	8,6	9,1	8,5

1) Einschließlich Solidaritätszuschlag. – 2) Nach Abzug des seit 1996 aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Kindergeldes (2007: 34,2 Mrd. €) und der Altersvorsorgezulage für die Riesterreife (2007: 1,1 Mrd. €). – 3) Ausgewählte Verbrauchsteuern: Strom-, Tabak-, Branntwein-, Kaffeesteuer. – 4) 2006 Bemessungsgrundlage erweitert (mit geringfügigen Auswirkungen auf das Steueraufkommen) und umbenannt in Energiesteuer. – 5) Nach Abzug der aus dem Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer gezahlten Investitionszulagen, Eigenheimzulagen und Erstattungen an Arbeitnehmer (2007 zusammen 25,7 Mrd. €). – 6) Ab 2009 einschließlich Abgeltungssteuer. – 7) Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen/Arbeitskreis Steuerschätzung (Mai 2008) – Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

(DIW) et al. in Auftrag gegebenen empirischen Hauptgutachten (DIW et al. 2007), das trotz seiner Ablieferung schon im Dezember letzten Jahres von der Bundesregierung erst im August 2008 veröffentlicht wurde. Diese Diskrepanzen – die teilweise Widersprüchen gleichkommen – betreffen das Ausmaß der bestehenden Verteilungsungleichheit, ihre ungebrochene Dynamik in den letzten Jahren, die Analyse ihrer Ursachen und die Bewertung von Gegenmaßnahmen (so ähnlich auch – spät, aber immerhin – die Kritik der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen 2008).

Dem aufmerksamen Leser konnte schon bei der Lektüre des Berichtsentwurfs auffallen, dass sich sein Text weitgehend auf die EU-weit neu eingeführte Verteilungstatistik EU-SILC⁶ bezieht, der Datenanhang aber im Text unkommentierte Angaben des deutschen Sozioökonomischen Panels (SOEP) enthält. Nach Letzterem jedoch ist in Deutschland 2005 die Armutsquote von allen Personen (darunter Kinder bis 15 Jahre) mit 18 % (26 %) deutlich höher als in EU-SILC mit 13 % (12 %); und sie steigt laut SOEP von 11,8 % im Jahr 1999 bis 2005 kontinuierlich. Dagegen kann EU-SILC mit bisher nur zwei Erhebungsjahren 2005 und 2006 zur Armutsdynamik eigentlich kaum etwas aussagen. Trotzdem betont die Bundesregierung im Berichtstext mehrfach den „amtlichen“ Charakter dieser Statistik und suggeriert damit eine besondere Verlässlichkeit, obwohl auch ihr die methodische Kritik an EU-SILC bekannt sein muss (z. B. von Hauser 2008 oder DIW et al. 2007, S. 27). Mit anderen Worten: Die Bundesregierung

stellt Ausmaß und Entwicklung von Armut – und darüber hinaus die ganze Verteilungssituation – entgegen ihrer faktischen Dramatik entschärft dar. Dagegen bekräftigt eine jüngste Analyse der OECD (2008a) diese Dramatik für den deutschen Fall insbesondere seit 2000 auch noch einmal im internationalen Vergleich: Die Ungleichheit ist seit 2000 in Deutschland unter allen OECD-Ländern am stärksten gestiegen. Das Wort „dramatisch“ zur Bewertung dieser Entwicklung wird übrigens auch vom DIW et al. benutzt (2007, S. IV und VI).

Noch auffälliger werden, wie gesagt, die Diskrepanzen zwischen dem Berichtstext und dem zugrundeliegenden empirischen Gutachten, die hier im Detail nicht weiter aufgegriffen werden sollen. Mit einer Ausnahme: Das Fazit des Berichts lautet: „Der Sozialstaat wirkt“ (so z. B. BMAS 2008b) – was offenbar heißen soll, das Armutsproblem werde erfolgreich bewältigt.

Dem stehen jedoch die oben zitierten Gutachten und andere neu verfügbare Daten zur Verteilungsentwicklung entgegen, die wie frühere schon eine sich seit den 1990er Jahren und insbesondere seit 2000 verschärfende Ungleichheit bei Markteinkommen wie verfügbaren Einkommen bis zum Beginn des Aufschwungs konstatieren.⁷ Diesen Trend aber hat der Sozialstaat nicht nur *nicht* zu verhindern gewusst, er hat ihn teilweise *selbst* verstärkt durch Einschränkungen seiner Leistungen und Umverteilung seiner Finanzierungslasten. Prominente ältere Beispiele für beides sind bekanntlich die Einführung von Hartz IV oder die Rot-Grünen-Steuerreformen, deren die Ungleichheit verstärkende Wirkung

auch vom DIW et al. (2007, S. IVf.) erwähnt wird. Eine eingehende Auseinandersetzung mit den von der Politik selbst gemachten Verteilungsverschärfungen gerade auf der Finanzierungsebene des Sozialstaats findet jedoch weder dort noch in einem weiteren kürzlich erst veröffentlichten Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI 2007) für den Dritten Armuts- und Reichtumsbericht. Deshalb dazu hier einige Argumente zur „ungerechten“ Einnahmeseite des Staates⁸:

2.2 „... DOCH NICHT SO GUT“

Schon *Tabelle 3* dieses Berichts ist ein „doppelter“ Sozialstaats-Indikator: Er zeigt einerseits an, wie stark im Durchschnitt „Arbeit“ und „Kapital“ bzw. die entsprechenden Einkommen aus diesen Quellen mit Abgaben belastet sind. Er signalisiert gleichzeitig sehr unterschiedliche Beiträge zur Finanzierung des Sozialstaats von hinter diesen Einkommensquellen stehenden gesellschaftlichen Gruppen, da die sogenannte Querverteilung in Deutschland zugunsten von aktiven und ehemaligen Arbeitneh-

⁶ European Union Statistics on Income and Living Conditions.

⁷ So zuletzt neben OECD 2008a auch Goebel/Krause 2007; Krause 2008 und Grabka/Frick 2008.

⁸ Für die Ausgabenseite sei nur die ungleiche Chancenverteilung bei Bildung (PISA) vermerkt – oder sogar die auch im internationalen Vergleich unzureichende Transfergestaltung bei der Armutsbekämpfung (IZA et al. 2008).

mern mit ihren Familien, d.h. der Bezug auch von Kapitaleinkommen neben den von Lohn oder Lohnersatzleistungen, gering ausgeprägt ist (so auch DIW et al., S. 36).

Das Tragen ungleicher Finanzierungslasten wird noch deutlicher bei Analyse des gesamten Steueraufkommens, einschließlich aller direkten und indirekten Steuern, wie in diesem Bericht bereits öfter geschehen (Tabelle 6). Danach tragen die Massensteuern seit Langem über zwei Drittel des fiskalischen Finanzbedarfs, also die Lohnsteuer von Arbeitnehmern und Rentnern bei der Entstehung ihrer Einkommen sowie die Verbrauchsteuern bei der Veräußerung ihrer verbleibenden Einkommen. Dagegen ist der Finanzierungsanteil der Gewinnsteuern – gezahlt von Betrieben, Selbstständigen und hohen Einkommen aus Arbeit und Vermögen – auf nur noch rund ein Fünftel gesunken.

Mit diesen Zahlen setzt sich die Politik, erst recht in ihren Armuts- und Reichtumsberichten, wohlweislich nicht auseinander. Stattdessen betont sie ausweichend immer wieder gern die „gerechte“ Steuerlastverteilung durch die Einkommensteuer einschließlich der Lohnsteuer als einer technischen Form der Einkommensteuer (BMF 2008b). Dabei ist Hauptargument, dass die 10 % der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen über 50 % des Aufkommens der Einkommensteuer schultern. Dieses rechnerische Ergebnis aus der Einkommensteuerstatistik 2004 – dem letzten Veröffentlichungsjahr – wird jedoch nicht mit seinen überaus problematischen inhaltlichen Rahmenbedingungen verknüpft. Dies sind unter anderem:

Die Einkommensteuerstatistik erfasst unter dem Begriff Steuerpflichtige auch die vielen zusammen veranlagten Ehepaare. D.h. in den 10 % der Steuerzahler an der „Spitze“, die Einkünfte ab rd. 65.000 Euro im Jahr aufweisen, sind auch viele beiderseits erwerbstätige Ehepaare mit der Summe ihrer Erwerbseinkünfte enthalten, die z. B. aus zwei Mal 30.000 Euro oder 20.000 plus 40.000 Euro zusammengesetzt sein kann. Solche „Doppelverdiener“ sind jedoch im landläufigen Sinn mit ihrem jeweiligen individuellen Einkommen eher zur Mittelschicht und nicht zur Einkommensspitze zu rechnen. Dass sie zusammen mit Letzteren trotzdem den größten Teil des Steueraufkommens von 2004 innerhalb der erwähnten 10 %-Gruppe erbringen, verwischt das große Einkommens-

spektrum dieser Gruppe und verschleiert zugleich ein systemimmanentes Problem der Einkommensteuer: Einerseits belastet sie die Einkünfte von zusammen Veranlagten wie von allein Verdienenden im Mittelstand wegen der Steuerprogression bis zur Einkommensschwelle für den Spitzensteuersatz (heute rund 52.000 €) relativ rasch und stark, was zurecht als „Mittelstandsbauch“ kritisiert wird. Andererseits entlastet sie die wirklich hohen Einkommen in der Einkommenspyramide wegen des mehrfach herabgesetzten Spitzensteuersatzes relativ deutlich.

Zudem gehen in die Zahlen von 2004 noch nicht alle Entlastungseffekte „oben“ aus der erst 2005 vollendeten Rot-Grünen Steuerreform ein. Außerdem steht mit der Abgeltungssteuer eine weitere Entlastung besonders hoher Einkommen noch bevor, weil diese Steuer große Teile von Vermögenerträgen aus der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer herausnimmt und begünstigt und so zugleich die Progressionswirkung auf die verbleibenden einkommensteuerpflichtigen Einkommen abschwächt. Schließlich weist die Einkommensteuerstatistik nur die deklarierten Einkünfte aus – die bekanntlich mit steigendem Einkommen häufig mit einer zunehmenden und unversicherten „verschwiegenen Lücke“ zu den tatsächlichen Einkünften einhergehen, woran die Liechtensteiner Steuerhinterziehungaffäre wieder einmal erinnert hat. Und noch ein Hinweis ist nötig: Auch der untere Einkommensrand mit den fehlenden oder marginalen Einkommensteuern wird einseitig bewertet, so lange seine gleichzeitige Abgabenlast mit Sozialversicherungsbeiträgen vom ersten verdienten Euro an außer Betracht bleibt. Diese Last ist in Deutschland für untere Einkommen bekanntlich besonders ausgeprägt, worauf jüngst erneut die OECD (2008b) hingewiesen hat.

3 Trendwende bei der Ungleichheit?

Nun wird solche Kritik an der Abgabenlastverteilung wie an der Umverteilung des Staates generell scheinbar relativiert durch die jüngste Meldung einer „Trendwende bei der Armut“ – so die Überschrift eines Artikels in „Die Zeit“ (Rudzio 2008) über

die erst kürzlich verfügbaren SOEP-Auswertungen des DIW für das Jahr 2006 (Frick/Grabka 2008). Danach ist die relative Armutsquote der Gesamtbevölkerung in der Abgrenzung der EU-Laeken-Indikatoren erstmals seit Langem wieder gesunken, und zwar auf 16,5 % nach 18,0 % im Jahr 2005 „wegen des Beschäftigungsaufschwungs“. Die öffentliche Präsentation bzw. Rezeption der zugrunde liegenden DIW-Analyse weist aber zu ihrem Inhalt ähnliche Diskrepanzen auf, wie sie oben schon zwischen dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und Fakten von anderer Seite angesprochen wurden.

Wichtig ist zwar der DIW-Hinweis, dass die verminderte relative Armutsquote über eine Million weniger Personen in Armut bedeutet, dieser „Sektor“ also auch absolut schrumpft – im Gegensatz zu den absolut weiter steigenden Zahlen von Beziehern im Niedriglohnsektor laut einer anderen DIW-Untersuchung (Brenke 2008). Aber: Von einer eindeutigen Trendumkehr sprechen die DIW-Autoren Frick/Grabka zu Recht nicht, weil sie den kommenden Abschwung mit einer Wiederverschärfung der Verteilungslage schon im Blick haben – und vor allem, weil sie nach wie vor bedenklich stimmende andere Verteilungsindikatoren referieren. Beispielsweise stagnieren trotz Aufschwung die durchschnittlichen realen Markteinkommen der privaten Haushalte (Frick/Grabka 2008, S. 558) wie ihre Nettoeinkommen von 2003 bis 2006 (ebd. S. 563). Folglich hat die öffentliche Umverteilung zumindest keinen positiven Beitrag zur divergierenden Einkommensentwicklung der Privaten geleistet (ebd. S. 553), ist die „verdeckte Arbeitslosigkeit“ auch 2006 „nahezu unverändert“ geblieben (ebd. S. 595). Die Betroffenheit der Haushalte durch Arbeitslosigkeit ist 2006 gemessen an ihrer Dauer auf den „höchsten bislang gemessenen Wert“ gestiegen bzw. die Arbeitslosigkeit hat sich in betroffenen Haushalten „verfestigt“ (ebd. S. 562). Zur Armutsentwicklung selbst heißt es: Auch eine Armutsquote von 16,5 % bedeutet immer noch 4 Mio. mehr Arme als zu Beginn der Ungleichheitsentwicklung 1998 (ebd. S. 564); und die dauerhafte Armut darunter ist auch 2006 weiter gestiegen (ebd. S. 565).

Doch an dieser Stelle muss noch einmal ein grundsätzliches Defizit der an den Laeken-Indikatoren orientierten Armutsmessung erwähnt werden, das sich vor allem

aus dem Bezug zum Einkommensmedian ergibt. Der Median – und die davon als Prozentsatz abgeleitete Armutsschwelle – wird nur von den 50 % der Einkommensbezieher in der *unteren* Hälfte der Einkommenspyramide mit niedrigen Einkommen bestimmt; die Höhe und die Entwicklung der Einkommen *oberhalb* des Medians bei den übrigen 50 % der Einkommensbezieher beeinflussen den Median überhaupt nicht. Das heißt: Selbst wenn die Armutsquote fällt – weil die unteren Einkommen z. B. wegen mehr Beschäftigungsgelegenheit näher an die mittleren heranrücken –, können die Einkommen oberhalb des Medians denen darunter weit enteilen. Die Nicht-Messung dieses Polarisierungsproblems kann sich verschärfen, wenn das Einkommen der Mittelschicht sinkt und in der Folge der Median auch. Dann fällt die medianbezogene Armutsschwelle und damit auch die unter dieser Schwelle mit ihren Einkommen angesiedelte Zahl der „gemessenen“ Armen, obwohl gleichzeitig sogar der Niedriglohnsektor oder die Arbeitslosigkeit ausgeweitet sein kann.

Genau das aber ist zuletzt faktisch eingetreten: Das Absinken des Medians bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte „um knapp 4 %“ seit 2003 laut *Frick/Grabka* 2008 (S. 563) – mit allen Unschärfefolgen für die Interpretation der gemeldeten 1,5 Prozentpunkte weniger bei der relativen Armutsquote im Vorjahresvergleich. *Frick/Grabka* „verstecken“ leider diese Information in einer Fußnote und problematisieren sie auch nicht. Die Abkoppelung zwischen „oben“ und „unten“, oder in anderen Worten: die steigende gesellschaftliche Spaltung, ist aber das eigentliche Problem. Die offizielle operationale Armutsmessung in der Europäischen Union ist also mit dem übergeordneten EU-Ziel „Vermeidung von sozialem Ausschluss“ eigentlich nicht vereinbar. Deshalb reicht der Blick auf die Entwicklung der relativen Armutsquote allein bei Weitem nicht aus.⁹ Und schon gar nicht trägt die politische Hoffnung, dass der Aufschwung spätestens 2007 eine wirkliche Trendwende bei der Ungleichheit schafft; denn 2008 beginnt schon der Abschwung.

Zusammengefasst: Der Sozialstaat wirkt zwar – ohne ihn wäre z. B. die Armutsquote noch deutlich größer, worauf die Bundesregierung zu Recht hinweist. Aber er wirkt nicht mehr so wie früher bzw. hält den Anstieg von Armut und Ungleichheit nicht wirksam auf (so auch DIW et al.

2007; Goebel/Krause 2007; Krause 2008). Da der Sozialstaat einen Teil der Ungleichheit sogar selbst produziert hat, muss er sich mehr denn je fragen lassen, auch angesichts seiner geschilderten Beschönigungsversuche, ob er denn überhaupt weniger Ungleichheit will.

4

Trendwende in der Politik?

Über viele Jahre hinweg gab es für diesen Willen jedenfalls wenig Anzeichen. Im Gegenteil: Die empirischen Daten zur Verteilungssituation sind immer besser geworden; und trotzdem hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, dass mehr empirische Transparenz über Ungleichheit auch mehr öffentlichen Druck auf die Politik zur nachhaltigen Korrektur solcher Entwicklungen erzeugt. Etliche politische Entscheidungen gerade der jüngsten Vergangenheit haben die Ungleichheit sogar zusätzlich vergrößert bzw. werden sie weiter verstärken: Die Mehrwertsteuererhöhung, die Unternehmensteuerreform und bald auch die Erbschaftssteuer, die Rente mit 67 und andere rentenpolitische Maßnahmen, der Verzicht auf einen flächendeckenden Mindestlohn bei gleichzeitig bevorstehender voller Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. Im Vergleich dazu sind die beschlossenen oder geplanten Verbesserungen von Sozialleistungen und Infrastruktur unterdimensioniert, halbherzig oder bloße Absichtserklärungen geblieben: Beispielsweise werden die versprochenen Bildungsinvestitionen von den Ländern verschleppt, die Mindestlöhne auf Branchenebene – ohnehin per se unzulänglich – von der Bundesregierung intern blockiert, das Kindergeld nur um 10 € bzw. 16 € ab dem dritten Kind erhöht, womit noch nicht einmal die Preissteigerungen seit der letzten Kindergeldanpassung ausgeglichen sind.

Dieses (Nicht)Verhalten gegenüber Ungleichheiten hat immer noch mit politisch „wichtigeren“ Kriterien zu tun als der Ungleichheit selbst und ihren Folgen. Dazu zählen „abgeleitete“ Kriterien wie ein ausgeglichener Staatshaushalt und „fundamentale“ Kriterien der neoliberalen Position zu Marktgläubigkeit und Staatsfeindlichkeit. In diesem Rahmen dominiert bislang immer noch der Glaube des politischen Mainstreams, dass ökonomische Effizienz vor sozialer Gerechtigkeit vorrangig

sei, weil beide vermeintlich ein Konfliktverhältnis aufweisen. Dass aber aufgrund ausländischer Erfahrung genau das Gegenteil gilt, darunter ein proportionaler Zusammenhang zwischen Binnennachfrage – und dahinter: einer relativ gleichmäßigen Verteilung – sowie Wachstum, besagen viele wissenschaftliche Analysen seit Langem.¹⁰

Aber auch diese positiven ausländischen Erfahrungen scheinen – jedenfalls bis vor Kurzem – in Deutschland keine politische Kritikfähigkeit an der eigenen angebotsorientierten Linie erzeugt zu haben. Diese Kritikfähigkeit soll nun aber durch den Schock der weltweiten Finanzkrise plötzlich eingetreten sein? Etliche Zeitgenossen beantworten diese Frage aktuell nicht nur mit „ja“; sie sehen den Neoliberalismus als Schuldigen und die politische Umkehr schon vollzogen, angesichts der politischen Reaktion auf die Finanzkrise und anlässlich einer „kongenialen“ Nobelpreis-Verleihung an den Neoliberalismuskritiker *Paul Krugman* – so z. B. überraschend auch der Herausgeber der FAZ, *Frank Schirrmacher* (2008).

Doch sind diese Stimmen nicht vielleicht voreilig? Zumindest haben sie nicht alle Fragen gestellt und schon gar nicht Antworten parat zu den Konsequenzen der Finanzmarktkrise. Dazu gehören z. B. die Fragen: Geht es nur um eine bessere (ex post) Kontrolle der Finanzmärkte, um politische (ex ante) Lenkung der Kapitalmärkte oder nicht sogar generell um eine die Kapitalmärkte einschließende größere „neue moralische Wirtschaftsordnung“? – so immerhin auch *Schirrmacher*. Ist denn der für die Finanzmarktkrise verantwortlich gemachte Neoliberalismus nicht auch für die Ungleichverteilung ursächlich? Waren es nicht auch die Ungleichheit und darin der Reichtum, erzeugt von „Marktgier“ ebenso wie von Politikkonzepten, die die Aktien- und Immobilienblasen, die Unternehmensübernahmen, die Global-Player-Exzesse und vor allem die Spekulation bis heute angetrieben haben? Und letztlich: Wieviel Abbau der Ungleichheit

9 Die Kritik am Messkonzept mit Medianbezug gilt übrigens auch analog für die Bestimmung von Niedriglohnschwelle und Niedriglohnsektor.

10 Siehe zuletzt im internationalen Vergleich Priewe 2007; Auer 2008; Bofinger 2008; Schmid 2008; Horn et al. 2008.

ist nötig, damit sie von einer destabilisierenden Kraft zu einem stabilisierenden Faktor wird?

Man muss auf die konkreten Antworten vor allem der Politik weiter gespannt bleiben – auch wenn es allgemeine schon

reichlich gibt.¹¹ Das Zögern der Politik, neben der Finanzmarktkrise auch die Realmarktkrise, spricht: den Abschwung zu bekämpfen, nährt jedenfalls die Skepsis gegenüber „guten“ Antworten und „besseren“ (verteilungspolitischen) Konzepten.

11 So z. B. lt. BMF 2008c der Bundesfinanzminister in seiner Rede vor dem Bundestag am 15.10.2008: „Nach der Finanzmarktkrise... werde sich viel verändern, das Verhältnis von Markt und Staat könne neu ausbalanciert werden“. So ähnlich auch wenig später der NRW-Ministerpräsident Rüttgers (2008).

LITERATUR

Auer, F. (2007): Security in Labour Markets: Combining Flexibility with Security for decent work. ILO Economic and Labour Market Papers 12, Genf

Bispinck, R. (2008): Tarifpolitischer Halbjahresbericht: Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2008, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 455–462

Bispinck, R./Schulzen, Th. (2008): Aktuelle Mindestlohn-debatte: Branchenlösungen oder gesetzlicher Mindestlohn, in: WSI-Mitteilungen 3, S. 151–158

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008a): Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, Berlin

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008b): Der Sozialstaat wirkt, Berlin (<http://www.bmas.de/portal/26160>)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2008a): Ergebnis der 131. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 06. bis 08. Mai in Meißen, Berlin

Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2008b): Studie des Statistischen Bundesamtes: Beiträge zu Lohn- und Einkommensteuer ausgewogen verteilt, (http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_65668/DE/BMF_Startseite/Journal/008_2008/OC)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2008c): „Finanzmarkt ist ein öffentliches Gut“ – Peer Steinbrück im Bundestag zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz, in: BMF-Newsletter vom 16.10.

Bofinger, P. (2008): Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 351–357

Bosch, G./Kalina, Th./Weinkopf, C. (2008): Niedriglohnbeschäftigte auf der Verliererseite, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 423–429

Brenke, K. (2008): Jahrelanger Trend zunehmender Lohnspreizung gestoppt, in: DIW-Wochenbericht 38, S. 567–570

Bündnis90/Die Grünen (2008): Antrag der Bundestagsfraktion: Programm für ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut – Eine Neuformulierung des 3. Armuts- und Reichtumsberichts, Bundestagsdrucksache 16/10654 vom 15.10., Berlin

Bundesregierung (2008): Lebenslagen in Deutschland – der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

Busch, A./Holst, E. (2008): „Gender Pay Gap“: in Großstädten geringer als auf dem Land, in: DIW-Wochenbericht 33, S. 462–468

Deutsche Bundesbank (2007): Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2006, in: Monatsbericht der Bundesbank 12, S. 31–55

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)/Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)/Hauser, R./Becker, I. (2007): Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Berlin

Frick, J. R./Grabka, M. M. (2008): Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit, in: DIW-Wochenbericht 38, S. 556–566

Gartner, H./Klinger, S. (2008): Ein janusköpfiger Aufschwung: Beschäftigungsgewinne und Polarisierung, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 439–446

Giesecke, J./Verwiebe, R. (2008): Die Lohnentwicklung in Deutschland zwischen 1998 und 2005 – Wachsende Ungleichheit, in: WSI-Mitteilungen 2, S. 85–91

Goebel, J./Krause, P. (2007): Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 12, S. 824–832

Grabka, M. M./Frick, J. R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht: Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? in: DIW-Wochenbericht 10, S. 101–108

Hauser, R. (2008): Problems of the German Contribution to EU-SILC – A Research Perspective, comparing EU-SILC, Microcensus and SOEP, Working Paper No. 20 of the Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Berlin

Horn, G./Joebges, H./Logeay, C./Sturm, S. (2008): Frankreich: ein Vorbild für Deutschland? – Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn, in: IMK-Report 31, Düsseldorf

Horn, G./Logeay, C./Zwiener, R. (2008): Wer profitiert (nicht) vom Aufschwung?, in: IMK-Report 27, Düsseldorf

Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA)/Herrmann, P./Tausch, A./Heshmati, A./Bajalau, Ch. (2008): Efficiency and Effectiveness of Social Spending, in: IZA-Discussion Papers 3482, Bonn

Krause, P. (2008): Redistributive Impacts of Government and private Household Activities in Germany 1985–2005, in: Intervention 1, S. 129–153

Kromphardt J./Schneider, St. (2008): Wer hat von der zurückhaltenden Lohnentwicklung profitiert?, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 431–438

Logeay, C./Zwiener, R. (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 415–422

OECD (2008a): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD-Countries, Paris

OECD (2008b): Revenue Statistics 2008, Paris

Priewe, J. (2007): Makroökonomische Politik in Europa – Schwächen und Reformoptionen, in: Chaloupek, C./Hein, E./Truger, A. (Hrsg.): Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, Wien, S. 133–153

Rudzio, K. (2008): Trendwende bei der Armut, in: Die Zeit 38, S. 11

Rüttgers, J. (2008): „Die neoliberale Blase ist geplatzt“ – Interview mit Jürgen Rüttgers, in: Handelsblatt vom 20.10.

- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)** (2007): Der Zusammenhang zwischen Steuerlast- und Einkommensverteilung. Forschungsbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Endbericht, Essen
- Schäfer, C.** (2007): Erste Reue über Verteilungssünden? – Zur Einkommensentwicklung 2006, in: WSI-Mitteilungen 11, S. 579–588
- Schirmmayer, F.** (2008): Was uns arm gemacht hat – Paul Krugman ... ist der Blogger einer neuen moralischen Weltordnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.10., S. 35
- Schmid, G.** (2008): Entgrenzung der Erwerbsarbeit – Erweiterung der sozialen Sicherheit, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 358–364
- Schuler, B.** (2008): Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, in: Wirtschaftsdienst 8, S. 546–552
- Schulten, T.** (2008): Europäischer Tarifbericht des WSI 2007/2008, in: WSI-Mitteilungen 9, S. 471–478
- Schwarz, N.** (2008): Einkommensentwicklung in Deutschland – Konzepte und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik 3, S. 197–206
- Statistische Ämter der Länder** (2008): Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse, Stuttgart
- Statistisches Bundesamt** (2008a): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Inlandsproduktberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Stand August 2008, Fachserie 18, Reihe 1.4, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2008b): Verdienste und Arbeitskosten – Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Jahr 2007, Fachserie 16, Reihe 2.3, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2008c): Im Jahr 2006 verdienten Frauen 24 % weniger als Männer, in: Pressemitteilung 310 vom 26.08., Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2008d): Begleitmaterial zum Pressegespräch „Atypische Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt“ am 9. September 2008 in Frankfurt a. M. (www.destatis.de, Pfad: Presse)
- Statistisches Bundesamt** (2008e): Ein Viertel der Steuerpflichtigen zahlte 80 % der Einkommensteuer (Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 2004), in: Pressemeldung 305 vom 25.8., Wiesbaden